



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Auf Wache!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Auf Wache!

So still und geschäftslos, wie das Jahr 1874 nach dem Zeugniß des Fürsten Bismarck war, scheint das Jahr 1875 nicht verlaufen zu wollen. Seit einigen Wochen sind Zeichen aufgetaucht, welche wenn nicht auf Sturm, doch mindestens auf zweifelhaftes Wetter deuten. Jene Zuversicht auf einen langen Frieden, die wir aus der tiefen Zerrüttung Frankreichs schöpften, fängt an erschüttert zu werden. Statt an das Wort Gambetta's, daß Frankreich 10 Jahre Vorbereitung zur Revanche gebrauche, denken wir jetzt mehr an den Ausspruch Moltke's, daß Deutschland 50 Jahre lang den Erwerb des Frankfurter Friedens mit dem Schwerte werde vertheidigen müssen. Frankreich hat schneller gezahlt und schneller sich erholt, als man früher annahm, und mit der Wiederkehr seiner Kräfte steigert sich auch in den übrigen Staaten die Rührigkeit der uns feindlichen Parteien. Sie haben in dem Ultramontanismus ihr vermittelndes Band. In den Wiener Hofkreisen wie in der italienischen Conforterie, im Cabinet Mac Mahon's wie im Ministerium d'Aspremont-Lynden sind die römischen Einflüsse mächtig, arbeiten nach einem Plan, suchen gegen uns das Terrain zu erobern, neue Allianzen zu flechten. Die Clerikalen in Deutschland verwahren sich freilich gegen den Vorwurf einer Verbindung mit dem Ausland; aber das Ausland rechnet auf sie. Bischof Ketteler erklärt den von Europa garantirten Religionsfrieden für gebrochen, ja die bairische Winkelpresse predigt offen den Religionskrieg und verlangt, daß das katholische Oesterreich den Franzosen die Hand gegen die norddeutschen Reher reiche. Wenn in Folge der Neuwahlen im nächsten Herbst das bairische Ministerium stürzen und König Ludwig sich einschüchtern lassen sollte, so wird die römische Kriegspartei ihr Hauptquartier in München aufschlagen. Sie wird, indem sie die Gemüther für den Verrath am Reich wissenschaftlich vorbereitet, bei gewissen ausländischen Höfen den Eindruck hervorzurufen suchen, daß sie durch Unterstützung der französischen Waffen das Signal zum Abfall des katholischen Südens geben könnten, daß es jetzt noch Zeit sei, den Bau des Deutschen Reichs zu zertrümmern, die alte Herrschaft über Deutschland wiederzugewinnen. So verknüpft sich der Kampf zwischen Kaiser und Papst mit den in den letzten beiden Kriegen unterlegenen Interessen und Parteien. Ob und wie weit durch Vorspiegelungen dieser Art die bisherigen intimen Verhältnisse zwischen einzelnen Mächten schon erkaltet sind, läßt sich für die, welche außerhalb der diplomatischen Junft stehen, nicht erkennen. Wir beobachten nur seit einigen Wochen eine ungewöhnliche Bewegung in unserer Politik. Zu Anfang des Monats erschienen die drei Botschafter in Paris, London und Wien zur Conferenz mit ihrem Chef; vorher war Herr von

Radowiz von seiner Petersburger Mission zurückgekehrt, unser Militärbevollmächtigter am russischen Hof, General von Werder, weilte vor Kurzem in Berlin. Die Reise nach Mailand, die Kaiser Wilhelm in Begleitung seines Kanzlers beabsichtigt hatte, ist plötzlich aufgegeben, und der Kronprinz geht nicht in Vertretung seines kaiserlichen Vaters nach Italien, sondern als einfacher Tourist im strengen Incognito. Das Publikum erklärt sich diese Vorgänge aus politischen Motiven. Es versteht nicht, wie die Reise des Kaisers vor Ostern trotz der Aerzte beschlossen und nach Ostern bei steigendem Wohlbefinden Sr. Majestät auf ihr Andringen aufgegeben werden konnte. Sollte es hierin irren, so bleibt doch die plötzliche Aenderung in dem Charakter der Kronprinzlichen Reise. Warum ist auf die officielle Begegnung des Deutschen Thronfolgers mit dem König von Italien in einer norditalienischen Stadt auf einmal Verzicht geleistet? Es müssen doch Zwischenfälle vorgekommen sein, die es für Deutschland würdiger erscheinen ließen, den bis vor kurzem beabsichtigten Plan fallen zu lassen. Als im Sommer 1873 nach dem Sturze von Thiers die legitimistische Restauration und der Kreuzzug zur Befreiung des „Gefangenen im Vatican“ im Anzug schien, führte die Sehnsucht nach dem deutschen Bundesgenossen den König Victor Emanuel bis nach Berlin. Dieses heiße Verlangen nach einem innigen Einvernehmen scheint sich jetzt bereits etwas moderirt zu haben. Der Bewohner des Vatican hatte an sich zu keiner Zeit etwas Abschreckendes für den König von Italien. Die Entfremdung zwischen König und Papst war nie so schlimm, wie man aus gelegentlichen Wuthausbrüchen der Curie schließen zu sollen vermeinte. Pius IX. hatte stets die „Vaterliebe“ für den Fürsten, zu dessen Ahnen „Heilige“ gehören, wie es in der jüngsten Anrede des Papstes an Hugo Windischgrätz lautet, „im Schrein des Herzens“. Doch nun blieb diese „Vaterliebe“ nicht einmal ohne Eindruck auf den einen und andern Minister des noch niemals ganz aufgegebenen Königs, und der eine oder andre Epigone Machiavelli's mag sich überschlagen haben, wieviel die Bismarck'schen Daumschrauben dazu beitrügen, um den Papst für ein gottseliges Italien firre zu machen. Da wäre es erklärlich, daß dem Kaiser Wilhelm der Appetit zum Reisen verging. Doch — lassen wir die Conjecturen: es ist unzweifelhaft, daß das Gutachten der Aerzte hinreicht, um das Aufgeben der Reise, die nur Lieblingsgedanke des Kaisers geworden war, völlig zu erklären.

Eine so schwache Regierung, wie die italienische, ist schon glücklich, wenn sie die französische Degenspitze nicht mehr direct auf ihrer Brust fühlt. Die französischen Rüstungen gelten zur Zeit nur uns, und nach alter savoyischer Tradition läßt man eine Allianz im Stich, wenn sie hinreichend ausgebeutet ist. Tapiren wir die Stimmungen — nicht des Volks, aber der regierenden Kreise Italiens recht, so werden in dem Maße, als die französischen Rüstun-

gen sich entwickeln, ihre Stimmungen gegen uns lauer werden; die Rückkehr der Wärme haben wir dann nach unsern ersten siegreichen Schlachten zu erwarten. Jene Rüstungen aber sind in ein Stadium getreten, welches die allgemeinste Aufmerksamkeit erregt. Es ist ein Unterschied zwischen militärischen Reformen und zwischen Kriegsvorbereitungen. Jede Verbesserung des Heerwesens bezweckt freilich auch eine größere Schlagfertigkeit für den Krieg, aber wenn sie ein Maß innehält, welches dauernd von dem Volke getragen werden kann, so ist die eifrigste Sorge für die Vervollkommnung der militärischen Einrichtungen kein Grund zur Beschwerde für die Nachbarstaaten. Alle Mächte Europas haben nach den Erfahrungen der beiden letzten Feldzüge ihre Armeen und deren Bewaffnung reformirt. Die allgemeine Dienstpflicht ist nicht nur in Frankreich, sondern auch in Rußland und Oesterreich eingeführt; für die Infanterie sind weittragende Gewehre beschafft, die Geschütze und die Kampfweise der Artillerie sind oder werden nach deutschem Muster allenthalben umgestaltet. Die Unglücksfälle von 1870 deckten den Franzosen schwere Mißstände auf, deren Beseitigung das selbstverständliche Recht jeder unabhängigen Nation ist. Sie reorganisirten mit erstaunlicher Raschheit die zerrüttete, aus der Gefangenschaft heimkehrende Armee. Sie knüpften ihre Reformen an den Punkt an, wo Marschall Niel 1868 hatte stehen bleiben müssen. Die Feldarmee, über welche Napoleon III. beim Ausbruch des Krieges gebot, zählte in erster und zweiter Linie nur 336,000 Mann. Dieses Stärkeverhältniß entsprach weder der politischen Stellung des Landes noch der Wehrkraft der Nachbarstaaten. Auch eine Regierung, die keinen Angriffskrieg im Auge hatte, durfte daran denken, es zu ändern, die jährliche Recrutirung und die Zahl der Reserven zu erhöhen. Das Gesetz vom 27. Juli 1872 verfolgte dieses Ziel; es hob die Stellvertretung des Recruten durch den schon gedienten Soldaten, die Befreiung der besitzenden Klassen auf, es führte die allgemeine Wehrpflicht ein. Das Gesetz vom 24. Juli 1873 schuf im Interesse der rascheren Mobilmachung eine der deutschen ähnliche Organisation; es stellte die höheren Verbände der Brigaden, Divisionen und Armeecorps bereits für den Friedensstand her, gliederte das französische Territorium in Corpsbezirke, und theilte die beurlaubten Reservisten dem Regiment zu, welches sich ihrem Wohnort jedesmal am nächsten befindet. Indes schon in jenem ersten Gesetz, noch mehr aber in seiner praktischen Durchführung lag ein Moment, welches von Jahr zu Jahr mehr unsere ernste Beachtung forderte. Das Gesetz behielt neben der neueingeführten allgemeinen Wehrpflicht den 9jährigen Dienst (5 Jahr activ, 4 in der Reserve) in der Feldarmee bei, und legte mit rückwirkender Kraft einem jeden Franzosen noch eine 11jährige Verpflchtung für die Territorialarmee (Landwehr) auf. Durch die letztere Schöpfung wollte man den Bedarf an Mannschaften für die Festungen, Städte und die innere Lan-

desbewachung gewinnen, um die 9 Jahrgänge der Feldarmee ungeschwächt gegen den Feind werfen zu können. Zu diesem Zweck legte sich ein Volk, das bisher nur eine Berufsarmee besaß, den spartanischen Zwang einer 20-jährigen Wehrpflicht auf. Da jedoch die Territorialarmee bis zum vorigen Jahre nur auf dem Papier stand, da sie bis heute schwerlich eine solidere Existenz gewonnen haben wird, so liegt auch hierin bis jetzt kein Grund der Beunruhigung. Anders steht es mit den 9 Jahrgängen, die zur Feldarmee gehören, und die von Jahr zu Jahr eine gewaltigere Masse darstellen. Deutschland recrutirt bei einer Bevölkerung von 41 Millionen jährlich 130,000 Mann, Frankreich hat seine Aushebung bei 36 Millionen Einwohnern seit 1872 auf 150,000 Mann erhöht. Um diese anschwellende Armee zu ernähren, zu bekleiden und zu bewaffnen, hat es im Jahre 1874 im ordentlichen und außerordentlichen Budget 164 Millionen Thaler verausgabt, während unser Militäretat auch nach der jüngsten Vermehrung des Präsenzstandes immerhin nur auf 112 Millionen Thaler gestiegen ist. Auch jene, auf die Dauer unmögliche Ausgabe, hat nicht hingereicht, um die gesammte Recrutenzahl für längere Jahre unter die Fahnen zu stellen. Denn eine massenhafte Aushebung und die lange Dienstzeit einer Berufsarmee sind finanziell und volkswirtschaftlich mit einander nicht verträglich. Man hat also die Recruten in zwei Portionen getheilt, und stellt etwa 90,000 Mann auf 5, thatsächlich wohl nur auf 4 Jahre ein, während man den Rest, die deuxième portion, nach jedesmal 6 monatlicher Waffenübung beurlaubt. Trotz dieser Beschränkung hält Frankreich durchschnittlich 471,000 Mann unter den Waffen, während unsere Friedenspräsenz bis vor kurzem kaum 370,000, und erst jetzt 401,000 Mann beträgt. Indes auch auf diesen Unterschied des Friedensstandes legen wir wenig Gewicht, da er nichts für die Stärke im Kriege beweist; selbst die 9 Jahrgänge zu 150,000 Mann neben unseren 7 Jahrgängen zu 130,000 sind nicht erschreckend, solange Deutschland seine Landwehr in die Wagschale wirft, während die Territorialarmee nicht organisirt ist. Man hat, um für die letztere gediente Soldaten zu gewinnen, die Jahrgänge von 1866 an abwärts ihr zugewiesen, während alle seit 1867 dienstpflchtig gewordenen Franzosen der Feldarmee angehören. Aus jener Zuweisung folgt, daß bis zum Sommer 1877, wo für die Klasse von 1867 die neun Dienstjahre um sind, die Feldarmee keine Reserven verliert, also jährlich um den gesammten Betrag der neu eintretenden Recruten wächst. Aus diesem Umstande schließt man, daß die Franzosen jenen Zeitpunkt der höchsten Stärke ihrer Armee abwarten werden, ehe sie los schlagen.

Allein an Mannschaften hat Frankreich schon heute keinen Mangel, da ihm, außer den gewöhnlichen Recrutirungen, die enormen Aushebungen der beiden Kriegsjahre zu Gebote stehen. Entscheidender ist, wie weit es mit der

Bildung der Cadres gediehen ist, in denen jene Massen formirt und für den Krieg verwendbar gemacht werden sollen. Und gerade hier sind die Fortschritte, quantitativ wenigstens, erstaunlich. Die Zahl der Feldbatterien war bis zum vorigen Frühjahr von 164 auf 323 gestiegen, also verdoppelt, und sie sollte bis auf 380 gebracht werden. Die Cavallerie war um 56 Escadrons gewachsen. Die Feldbataillone, zur Napoleonischen Zeit 372, waren bis auf 496 vermehrt. So schritt man auf dem Wege der Thatsachen vorwärts, ehe das schon lange in Aussicht genommene Cadregesetz zur Berathung kam. Die Formationen waren fertig, als man daran ging zu legalisiren. Und nun geschah während der Berathung jenes Gesetzes ein neuer Schritt, der an Tragweite alle bisherigen übertrifft. Man vermehrte die Cadres der Infanterie mit einem Schläge um abermals 159 Bataillone. Der Beschluß wurde dem Ausland einige Zeit verdeckt durch den Lärm des Verfassungskampfes; er wurde officiell motivirt durch das Bedürfniß, die 1200 Capitains unterzubringen, welche durch die Zusammenziehung der bisherigen 6 Compagnien des Bataillons in 4 überzählig würden. In Wahrheit muß die Maßregel parlamentarisch wie militärisch längst vorbereitet gewesen sein. Am 13. März erschien das Gesetz und schon am 5. April war, wie der *Moniteur* triumphirend verkündet, die Maßregel „eine vollendete Thatsache“. In drei Wochen organisirt man aber nicht 149 Bataillone; zu der Durchführung des neuen Gesetzes waren also längst die Anordnungen getroffen. Es handelte sich darum „den Infanteriemassen anderer Großmächte die Spitze bieten zu können“; zu diesem Zweck wurden 175 Feldbataillone mehr geschaffen, als die deutsche Armee zählt.

Dieser neue Beschluß geht weit über die dauernde Leistungsfähigkeit Frankreichs hinaus, er erschwert noch die Last des Budgets, wofür die ordentlichen Einnahmen schon längst nicht ausreichten; er würde sinnlos sein, wenn er den Krieg nicht in den nächsten Jahren zum Ziel hätte. So entsteht nun die Frage: Sollen wir den Feind sich rüsten lassen, bis der für ihn günstigste Augenblick zum Losschlagen gekommen ist? Fürst Bismarck hat darauf schon am 16. Januar 1873 offen antworten lassen. Alle ehrlichen Leute in der Welt müssen uns bezeugen, daß wir den Krieg mit Frankreich so wenig suchen, als 1870. Wir würden in Verlegenheit sein, welchen Preis wir nach einem zweiten glücklichen Feldzug ihm abverlangen sollten. Aber die Hände in den Schooß legen, bis der Gegner marschirt, können wir unmöglich. Will Frankreich in zwei Jahren schlagen, so werden wir im Interesse der Selbsterhaltung vielleicht gezwungen sein, es früher zum Schlagen zu bringen. Hat Frankreich Aussicht mit dem Anwachsen seiner Armee größeres Vertrauen auf eine Wendung seines Kriegsglücks zu finden und alte Sympathien wieder zu beleben, so müssen wir diesen still sich vorbereitenden Allianzen zuvorkommen.

Das klingt ziemlich kriegerisch und ist doch nur der einfachste Ausdruck des gesunden Menschenverstandes. Aber da die Verantwortung für einen — wenn auch uns aufgedrungenen, von uns nur beschleunigten Krieg ungeheuer ist, so wird auch ein solcher Entschluß nur aus der sorgfältigsten, militärischen wie diplomatischen Prüfung der Lage hervorgehen können. Friedrich der Große sah den dritten schlesischen Krieg lange voraus, aber er brach in Sachsen erst ein, als das Netz der europäischen Verschwörung nicht mehr anders zu zerreißen war. Wann für uns der Augenblick gekommen sein wird, wo wir Frankreich die Wahl zwischen Abrüstung oder Krieg stellen, kann nur der Reichskanzler mit Hülfe Moltke's entscheiden. Die Anleihe von 800 Millionen Francs soll man in Paris wieder aufgegeben haben. Zur Zeit scheint es also nicht, als ob uns eine nahe Gefahr drohe. Oder wäre sie nur auf kurze Zeit vertagt, um den heutigen Discussionen sich zu entziehen? Die Rothschilds schienen doch mit Léon Say bereits handelseinig.

In der gewaltigen Entwicklung des letzten Jahrzehnts hat Preußen an dem Czaren Alexander den treuesten Freund gefunden. Er war der Rückhalt, durch den gedeckt wir gegen den Gegner in der Front unsere volle Kraft entfalten konnten. Das deutsche Volk hat es wohl im Gedächtniß, wie bedeutsam dieses Verhalten für seine Geschicke war; es empfindet für den Kaiser Alexander aufrichtige Dankbarkeit und Verehrung. Aus der persönlichen Freundschaft der beiden Monarchen und den Handlungen, die daraus hervorgingen, ist ein allgemeines Gefühl der Sympathie erwachsen; die Parteien in Deutschland, auch die liberalen, haben in der Beurtheilung russischer Verhältnisse ihre frühere Schroffheit und Befangenheit abgelegt. Ein Schritt z. B., wie die Convention von 1863, welche Bismarck beim Ausbruch des polnischen Aufstandes abschloß, würde heute ebenso einmüthige Billigung, wie damals Mißbilligung finden. Ob die gleiche Zunahme sympathischer Stimmungen auch bei dem Adel, dem Beamtenthum und der Armee Rußlands stattgefunden hat, mag dahin gestellt bleiben, vielleicht haben die letzten Jahre wenig Gelegenheit gegeben, die Wahrheit zu veranschaulichen, daß die Freundschaft Deutschlands den russischen Interessen ebenso förderlich ist, als die Freundschaft Rußlands den deutschen. Bei den unveränderten Gesinnungen der beiden Monarchen wird auch das russische Volk Zeit haben, diese Interessengemeinschaft zu seinem Nutzen zu erproben. Ein Conflict zwischen beiden Nationen liegt glücklicher Weise in weiter Ferne.

Als in dem großen Völkerkampf von 1870 die Würfel für Preußen gefallen waren, empfand auch Oesterreich, daß die Weltgeschichte zwischen ihm und seinem alten Rivalen entschieden habe. Es war das ironische Loos des Grafen Beust, jene Depesche zu schreiben, worin Oesterreich das Schwergewicht der Thatsachen anerkannte und die Freundschaft des neugestalteten Deutschen

Reichs suchte. Diese Freundschaft ist ihm ehrlich zu Theil geworden. Oesterreich datirt von da ab die innere Beruhigung seiner Völker, die gleichmäßige Fortbildung seiner Verfassungsverhältnisse und eine gesicherte und machtvolle Stellung nach Außen. Denn Deutschland nahm es nun auf sich, die aus dem Krimkrieg herstammende Spannung zwischen Wien und Petersburg zu lösen, es vermittelte einen *modus vivendi* im Orient, der den Kaiserstaat vor einem einseitigen russischen Vorgehen sicherte und der Agitation der slavischen Stämme den Rückhalt entzog. Erst jetzt begann eine Consolidirung der vielgeprüften, in einigen Jahrzehnten durch ein Duzend von Verfassungsexperimenten hindurchgekehrten Monarchie auf der Grundlage der Vorherrschaft der Magyaren und Deutschen. Wäre es möglich, daß diese gesicherte Bahn wieder verlassen würde, um auf abenteuerlichen Wegen über Abgründe hinweg nach dem Luftgebilde der alten Hegemonie in Deutschland zu jagen? Sollte die Kunst der Reichtväter und der militärischen Heißsporne ein so verhängnißvolles Wagestück plausibel machen können? Sollte die Broschüre des Erzherzogs Nepomuck Salvator, die gleichzeitig die gänzliche Unbrauchbarkeit der österreichischen Festungsartillerie und das dringende Bedürfniß nach einem Krieg gegen Deutschland bewies, bei ernsthafteren Männern einen Hintergrund haben? Hätte das Bestreben der deutschen Politik nach einer Verständigung mit allen, ihrer Würde bewußten Staaten zu gemeinsamer Abwehr päpstlicher Uebergriffe eine Abneigung gerade da geweckt, wo man den Schimpf einer Nichtigkeitserklärung des Staatsgrundgesetzes hatte erfahren müssen? Die confessionellen Gesetze werden im Mai ein Jahr alt; seit der Dreikaiserzusammenkunft sind im kommenden September erst drei Jahre verflossen; wohin würde ein Staat gerathen, der in so jähem Wechsel von einer den preußischen Majgesetzen verwandten Kirchenpolitik zum Papst, von der Allianz der beiden stärksten Mächte zu Frankreich hinüberschwankte? Und was würden die Ungarn zu der Abschwenkung sagen, die von den ihnen feindlichen Anhängern des militärischen Absolutismus oder des Föderalismus vollzogen werden müßte? — Für Oesterreich ist der Friede gleichbedeutend mit der fortschreitenden innern Befestigung und Wohlfahrt; der Krieg — mit dem Zerfall in zwei oder drei Theile. Das Interesse, welches der Kaiserstaat an der Aufrechterhaltung des Friedens und an einer stetigen Fortführung des jetzigen Regierungssystems hat, liegt so klar vor Augen, daß der neulich von Wien her nach Köln hin ertönende Warnruf über die Eventualität einer Bedrohung der Stellung Andrassy's von vielen nicht recht gewürdigt wurde. Und doch — woher kämen die weltgeschichtlichen Katastrophen, wenn die Illusionen und Leidenschaften nicht zuweilen Herr über die Vernunft würden?

Kaiser Franz Joseph bewies viel Selbstüberwindung, als er zur Begrüßung Victor Emanuel's die Stadt Venedig wählte; stärker konnte er kaum

ausdrücken, daß die Erinnerung an den herrlichen Besitz seines Hauses für ihn versunken und vergessen sei. Wiener Mittheilungen lassen den Kaiser sogar eine Ansprache in diesem Sinn an den König von Italien halten. Wie viel Zeit zu politischen Geschäften in dem Rausch der Festlichkeiten übrig blieb, wissen nur die Eingeweihten. Officielle Berichte aus Wien heben hervor, daß die begleitenden Minister und Räte sich über einen Handelsvertrag und eine Eisenbahnlinie, also sehr nützliche und unschuldige Dinge, verständigt hätten. Sonst sei die Absicht der Begegnung gewesen, Italien enger an das Dreikaiserbündniß heranzuziehen. Im Gegensatz hierzu erzählen italienische Blätter von zwei Briefen, welche der Cardinal-Erzbischof von Venedig den beiden Monarchen im Auftrag des Papstes überreicht habe. Sicher ist die römische Frage in der Conversation der Souveräne nicht unberührt geblieben, und es ist durchaus glaubwürdig, daß sie gegenüber der energischen deutschen Politik sich in dem Gedanken zusammengefunden haben, es müsse jeder Staat in jener Frage seine besonderen Wege gehen — und vielleicht, eine Diagonale sei denkbar zwischen Ultramontanismus und dem „andern Extrem“, eine Politik der Mäßigung, die nicht „Indifferentismus“, es wäre das die Linie des Verhaltens der „troppo prudenti“. Sollte Frankreich sich nicht von der Curie insoweit entfernen können, um sich diesem System der „Mäßigung“ und also hinwiederum (in andrem Sinn als bisher) der Curie mit anzuschließen? In Oesterreich scheint mit den confessionellen Gesetzen die Kraftanstrengung gegen die Curie erschöpft zu sein. In Italien aber ist man zwar bereit, unseren Streit mit dem Papstthum zu benutzen, aber sehr wenig geneigt daran Theil zu nehmen.

Je heftiger der Kampf zwischen Rom und Deutschland tobt, desto leichter, wie schon oben angedeutet worden, glauben die italienischen Minister eine „Versöhnung“ mit dem Papst erreichen zu können. Diese Seite unserer Anstrengungen gefällt ihnen sehr wohl. Selbst die diplomatische Besprechung des Garantiegesetzes, so lange sie nur nicht zu positiven Forderungen fortschreitet, hat für Italien den großen Vortheil, daß die Bewohner des Vatican in Angst gerathen und eine plötzliche Begeisterung für die Einheit, Größe und Unabhängigkeit Italiens empfinden. Der Umschwung in der Sprache der päpstlichen Blätter bei dem ersten Auftauchen jener Frage war überraschend. All die feierlichen Proteste der Curie gegen das Werk „der Lüge, der Verschlagenheit und des Hohns“, welches unter dem Vorwand, die Kirche zu schützen, ihr einen „eillshundertjährigen“ Besitz rauben und den Papst der Herrschaft eines anderen Fürsten unterwerfen wolle, waren mit einem Male vergessen. Die Frage des Kirchenstaats trat völlig in den Hintergrund. Die Jesuiten machten die merkwürdige Entdeckung, daß das Papstthum zu allen Zeiten das mächtigste Bollwerk für die Unabhängigkeit Italiens gewesen sei.

Um diesen kostbaren Schatz vor dem Eingreifen des preussischen Despoten zu schützen, öffnete die Curie dem bedrängten Italien ihre Arme. Nur unter der Führung des Papstthums, so hieß es, als Glied jener furchtbaren sich erneuernden „Liga“ der katholischen Mächte, wird Italien den neuen Einbruch des Kaiserthums von sich abwehren können.

Die italienischen Minister sind zu nüchtern, um diesen jesuitischen Traum- bildern zu folgen, aber sie sind auch zu schwach und durch die Phrase von der freien Kirche im freien Staat, sowie durch die alten Sympathien der Consorterie für Frankreich zu sehr beherrscht, um an der Seite des deutschen Reichs entschiedene Stellung zu nehmen. Für unsern Kampf mit dem Papst- thum hat die Mehrzahl der gebildeten Italiener kein Verständniß. Gänzlich unkirchlich wie sie sind, begreifen sie nicht, in wie hohem Maße bei einem religiös ernstern Volk die kirchliche Seite jener Institution zur Verwirrung der Gewissen benutzt werden kann: das hat der Marchese Guerrieri-Gonzaga mit erschütternder Wahrheit noch kürzlich im „Diritto“ klargestellt! Die Wir- kungen der heillosen Preisgebung aller Staatshoheitsrechte über den Clerus, deren das Garantiegesez sich schuldig macht, empfinden sie noch nicht, die Bullen und Bannflüche lassen sie gleichgültig, und sie meinen, daß auch wir pedantische Deutschen dieselbe nicht so tragisch nehmen sollten. Hinter dieser Indifferenz steckt aber das Interesse an der Conservirung einer Institution, welche der Stadt Rom ihren Glanz verleiht, Millionen Geldes als Peters- pfennige u. s. w. jährlich dahin strömen läßt und den Italienern den Vorzug giebt, als hohe Würdenträger der Kirche die katholische Welt zu regieren. Im Interesse seiner nationalen Einheit hat Italien sich den Kirchenstaat ein- verleibt. Es hat dadurch bewirkt, daß die andern Mächte keinen directen Angriffspunkt gegen den Papst mehr finden, wenn derselbe seinen kirchlichen Einfluß zu politischen Uebergriffen mißbraucht. Gleichzeitig aber hat es den Papst, der jetzt innerhalb des Königreichs lebt, mit der Souveränität und der vollen Freiheit in der Ausübung seiner Funktionen bekleidet, und keinen Vorbehalt für den Fall gemacht, daß er zu diesen Funktionen auch die Auf- wiegelung fremder Unterthanen gegen die Geseze ihres Staats und die An- stiftung des Bürgerkriegs rechnet. Das Garantiegesez ist ein innerer Wider- spruch, der entweder das Papstthum zur Auswanderung aus Rom zwingen oder Italien mit seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen in Conflict bringen muß.

Die Regierungspartei in Italien sezt sich über den Widerspruch hinweg. Sie will den Nutzen nicht preisgeben, welchen die Domicilirung des Papst- thums in Rom für sie hat. Sie will Rom und den Papst behalten. Sie lehnt also jede Pression auf den Vatican ab. Wir Deutsche sollen in Geduld den Schaden tragen, der aus der zügellosen Freiheit des landlosen Papstkönigs für uns hervorgeht.

Grenzboten II. 1875.

In seiner Schrift über die „vaticanischen Decrete“ wirft Gladstone die Frage auf: welchen letzten Zweck die römische Curie bei ihrem sichtbaren Streben, Europa in einen Krieg zu stürzen, verfolge; und er kommt zu der Ansicht, daß sie aus der allgemeinen Verwirrung den Kirchenstaat als Beute davon zu tragen hoffe. Wenn die Jesuiten heute Italien das Bild der katholischen Liga vorhalten, so werden sie sich freilich hüten, als Bedingung der Ausöhnung zwischen Italien und dem Papst die Rückgabe des Kirchenstaates zu fordern. Im Gegentheil; es giebt geschichtliche Vorgänge, die man zu Belegen für eine weitgehende Resignation der Curie benutzen kann. Soll ja 1870 Napoleon III. den Italienern als Preis der Allianz das Patrimonium Petri bis auf den leoninischen Theil der Hauptstadt angetragen haben. Vielleicht weist man nach, daß dieses Angebot der Curie nicht fremd war, oder beruft sich darauf, daß schon im April 1871 der Papst vor dem Botschafter Frankreichs erklärte: „Alles was ich wünsche, ist ein kleines Stück Land, wo ich Herr sein kann. Wenn man mir anbieten würde, meine Staaten mir zurückzugeben, so würde ich es nicht annehmen.“ Freilich gehörte zu dem kleinen Stück Land auch Rom; aber wenn die Italiener sich mit allgemeinen Versprechungen begnügen wollen, warum sollte man ihnen nicht auch den Verzicht auf Rom in Aussicht stellen? — Der Papst hat die Gewalt, zu binden und zu lösen. Ist Deutschland nur erst niedergeworfen, so kommt man über Eide und Versprechungen schon hinweg. Angesichts des allgemeinen Verlangens der katholischen Welt, würde die Curie dann nicht umhin können, die weltlichen Regierungen von ihrem Gelübde zu entbinden.

An der Einheit des mächtigen deutschen Reichs hängt die Einheit Italiens. Hätten die italienischen Minister die Klarheit und Energie Cavour's geerbt, sie würden aus dieser einfachen Thatsache entschlossen die Folgerungen ziehen. Sie würden nicht schwanken zwischen uns und dem Papst. Sie würden keinen Augenblick im Zweifel sein, daß Italien bei einem zweiten französischen Krieg sich weder bei Seite stellen noch gar die Intentionen vom Frühjahr 1870 noch einmal aufnehmen dürfe. Man weiß übrigens in Deutschland, daß das italienische Volk patriotischer, stolzer denkt als seine Regierung. Es hat nicht wie die Consorterie durch die Gewohnheit der Dienstbarkeit gegen Frankreich den Unabhängigkeitsinn verloren. Setzen wir auf dieses gesunde Volksgefühl, das im entscheidenden Momente zum Durchbruch kommen wird, nicht unsere Hoffnung, so würde die Haltung, welche die italienische Regierung in unserm Kirchenkampf einnimmt, für dieselbe eine große Gefahr sein. Denn nur solange Italien seine Interessen als solidarisch mit den unsrigen anerkennt, können auch wir an dieser Solidarität festhalten. Wäre dies einmal nicht mehr der Fall, so entstände für uns die Frage: welches Interesse haben wir daran, daß Rom und Civita Vecchia

von italienischen statt von päpstlichen Behörden regiert werden? Die letztere Regierungsweise ist freilich schlechter als die erstere, aber wir haben nicht die Aufgabe, unter eigenen Opfern für die Wohlfahrt fremder Völker zu sorgen. Können wir durch Verzicht auf solche Sorge bei uns den Frieden und die Unterwerfung unter das Gesetz herbeiführen, warum sollte uns die Heimath nicht näher angehn als die Fremde? Sollte das deutsche Volk durch die Verkehrtheiten der italienischen Politik jemals zu solchen Reflexionen gebracht werden — der Zeitpunkt, sie in Thatsachen umzusehen, würde bald genug gekommen sein.

Italien verdankt den deutschen Waffen Venedig und Rom; Belgien verdankt ihnen, daß es überhaupt noch existirt. Am 24. Juli 1870 veröffentlichte die Times jenen berühmten Allianzentwurf, welcher Preußen den deutschen Süden überließ, wenn dasselbe die Erwerbung Luxemburgs und die Eroberung Belgiens zulassen wollte. Die diplomatischen Enthüllungen, welche der französische Krieg hervorrief, offenbarten der erstaunten Welt, wie ruhelos die französische Politik an der Vernichtung des Grenzstaates gearbeitet hatte und wie wenig seine Neutralität ihn geschützt haben würde, wenn der hohe Sinn des preußischen Staatsmannes eine Regelung der deutschen Angelegenheiten im Bunde mit Frankreich und um solchen Preis zugelassen hätte. Führte das Glück der Waffen die französische Armee nach Berlin, statt die deutsche nach Paris, so fiel Belgien trotz der papiernen Proteste Englands, dem Sieger zum Opfer. Wir rechnen in der Politik nicht auf Dankbarkeit, aber wir fordern von der Regierung eines Landes, welches so ohne sein Verdienst dem Untergang entronnen ist, daß sie wenigstens einige kluge Rücksicht denen gegenüber nehme, die als willige Werkzeuge der Vorsehung es gerettet haben. Man kann doch nicht wissen, ob diese Willigkeit nicht auch später noch von Nutzen sein wird. Denn der Gedanke, für den Verlust von Elsaß-Lothringen eine Entschädigung in Belgien zu suchen, liegt den französischen Politikern aus begreiflichen Gründen sehr nahe. Es würde uns nicht wundern, wenn man von Paris aus versuchte, vor dem Ausbruch eines zweiten Kriegs oder im Verlauf desselben in dieser Richtung uns Ausgleichungsvorschläge zu machen. Eine monarchische Restauration würde in erster Linie die Revanche bieten ohne den Krieg, d. h. den Deutschen Elsaß-Lothringen lassen und Belgien dafür einstecken. Oder sollten die belgischen Clerikalen trotz der Unglücksfälle, welche Frankreich heimgesucht haben, die Vereinigung mit der großen Nation der bisherigen Selbständigkeit vorziehen? — Belgien ist das Land der constitutionellen Schablone; als solches hatte es einst einen Ruf bei den liberalen Parteien, bis die Welt dahinter kam, daß die formalen Grundrechte von den Jesuiten zur Vernichtung wahrer Bildung und Volksfreiheit benutzt worden seien. Auch in dieser Entwicklung zum jesuitischen

Musterstaat wollen wir Belgien nicht stören; aber da die Clerikalen, deren Parteidisziplin so streng ist, die Regierung des Landes in der Hand haben, so dürfen wir von dieser Regierung erwarten, daß sie ihre Priester von jeder aufhehenden Einmischung in unsere innern Kämpfe fernhält. Sie kann es, sobald sie nur will. Ultramontane Manifestationen sind nicht der Ausdruck individueller Freiheit, sondern sie erfolgen auf Anstiften oder unter Zulassung der geistlichen Oberen, mit denen das Ministerium im besten Einvernehmen steht. Die Berufung auf die „illustren Institutionen“ Belgiens kann diesen einfachen Sachverhalt nicht verhüllen.

Der Zusammenhang zwischen dem vatikanischen Concil und den Einflüssen, welche Napoleon III. in den Krieg trieben, ist geschichtlich ziemlich festgestellt. Ob auch die Bulle quod nunquam und die gesteigerte Feindseligkeit der Ultramontanen aller Länder mit der Mobilmachung der 149 neuen französischen Feldbataillone im Zusammenhang steht, wird die Zukunft lehren. Immer mehr enthüllt sich der politische Hintergrund unseres kirchlichen Kampfes und je näher wir der weltgeschichtlichen Entscheidung rücken, desto mehr wird die Führung jenes Kampfes von dem Leiter unserer Politik direct in die Hand genommen. Von ihm stammt der Gedanke, bis an den Ausgangspunkt unserer verkehrten kirchenpolitischen Entwicklung zurückzugehen und jene Verfassungsartikel aufzuheben, welche einst von den Clerikalen eingeschmuggelt wurden und seitdem die staatsrechtliche Grundlage ihrer ungemessenen Ansprüche waren. Gestützt auf den vieldeutigen Satz von der Selbstständigkeit der Kirche schleuderten sie den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit gegen jedes Specialgesetz, welches die hierarchische Willkür beschränkte. Die Verfassungsurkunde diente als Vorwand, um selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus die Verweigerung des Gehorsams gegen die Gesetze zu legitimiren. Dieser Vorwand wird jetzt beseitigt; an die Stelle einer sophistisch ausgebeuteten Theorie treten die klaren und deutlichen Vorschriften der positiven Gesetzgebung. Freilich das Rechtsverhältniß, wie es vor 1850 zwischen Staat und Kirche bestand, lebt dadurch nicht von selber wieder auf; ob der Verkehr zwischen dem Papst und den Bischöfen und die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen künftig beschränkt, ob das Ernennungs- und Bestätigungsrecht des Staats bei Besetzung kirchlicher Stellen wieder in Anspruch genommen werden soll, unterliegt der nunmehr ungehemmten Entscheidung der gesetzgebenden Faktoren. In der Aenderung der Verfassung liegt also der Antrieb zu einer gesteigerten legislativen Thätigkeit. Das ist die Antwort auf den trohigen Protest der Fuldaer Bischöfe. Sie ist noch eindrucksvoller als die schneidige schriftliche Erwiderung des Staatsministeriums. Die Bildung von selbständigen Gemeindeorganen zur Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens, oder wenn die Bischöfe die Wahlen verhindern, die commissarische Verwaltung des Vermögens durch den Staat;

die Siftung der Zuschüsse an die gesetzwidrigen Geistlichen auch aus der Gemeindecasse, die Auflösung der Klöster und Congregationen — das sind Maßregeln, die den Clerus wenigstens zur Besinnung bringen, die ihm den Ernst des gegen den Staat unternommenen Kriegs fühlbar machen werden. Wichtigter noch, als diese Gesetze, ist die Beseitigung der ultramontanen Verwaltungsbeamten. Ein Drittelheil der Landräthe am Rhein gilt für clerikal; einer von ihnen ist so eben zum Oberbürgermeister gewählt, die Regierung versagt ihm wegen ultramontaner Gesinnung die Bestätigung, aber Landrath durfte er bisher sein. Zu dem bedeutenden Amt eines Landesdirectors wird von der clerikalen Partei ein Mann ihrer Farbe ausgesucht, und der Oberpräsident der Provinz gewährt ihm seine Protection! So lange die Staatsregierung hier nicht Wandel schafft, werden alle Gesetze nur halben Eindruck machen. Man denke an die klassische Aeußerung jenes ultramontanen Landraths: „Wie kann ich vor einem Ministerium Respect haben, das einen Mann wie mich im Amte läßt!“

Seien wir gerecht auch gegen unsere Widersacher! An dem Streit, der heute die Gemüther trennt und verwirrt, tragen wir Alle Schuld, nicht blos die Jesuiten, die Bischöfe und der Clerus. Es war der Staat Preußen selbst, seine Regierung, sein Beamtenthum, seine Parteien, die jenen hierarchischen Hochmuth großzogen, den wir jetzt um unserer Existenz willen brechen müssen. Wir haben die Sünden einer ganzen Generation zu büßen. Aber weil das Uebel so tief gewurzelt ist, müssen auch die Heilmittel radicaler sein, als sie irgend ein anderes Land, die Schweiz ausgenommen, bisher versucht hat. Das Problem, welches wir zu lösen haben, besteht nicht mehr darin, durch starke Anwendung staatlicher Zwangsmittel einen leidlichen modus vivendi zu schaffen, sondern die katholische Kirchenverfassung so weit umzugestalten, daß sie mit der nationalen Einheit des Reichs und mit den Formen bürgerlicher Selbstverwaltung verträglich wird. So lange wir einen absolutistisch-bürokratischen Staat hatten, ließ sich mit der Hierarchie fertig werden; wenn sie nach unten unbedingten Gehorsam forderte, so gehorchte sie dafür nach oben. Mit einem parlamentarischen Staatswesen dagegen steht ein Priesterthum im grellsten Widerspruch, das nach unten die Massen wie eine Heerde leitet, nach oben sich zugleich vom Staatswillen emancipirt, und nun all die Freiheitsrechte, deren Uebung nationalen und bürgerlich-gesellschaftlichen Sinn voraussetzt, agitatorisch ohne solche Voraussetzung ausbeutet. Wer jenem Widerspruch scharf nachgeht, wird finden, daß wir zum Schutz unserer bürgerlichen Freiheit noch tiefe Einschnitte in die sogenannte hierarchische Ordnung machen müssen.